Nr. 17 2. Ausgabe

Sonntag, 18. Januar 1920

Dresdner Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung
mit Handels- und Industrie-Zeitung

Redaktion und Hauptgeschäftsstelle Ferdinandstraße 4
Fernsprecher: 13528, 13538, 13897, 17109. Postscheckkonto: Leipzig Nr. 2060. Telegr.-Adr.: Neueste Dresden

Anzeigenpreis: Grundzeile, 81 mm breit, M. 1.20, für das Ausland M. 1.—. Reklamezeile, 81 mm breit, M. 4.—, mit Platzvorschrift M. 4.50, für das Ausland M. 6.—. Bei Ziffer- oder Nachweis 10 z. B. Preiserhöhung. Auf alle Grundpreise 10 v. H. Zuschlag. Briefgebühr 20 Pf. Preisermäßigung laut Tarif. Für Einhaltung an bestimmten Tagen und Plätzen keine Gewähr.

Bezugspreise: Bei freier Zustellung durch Boten monatlich M. 2.75, vierteljährlich M. 8.25. Postbezug in Deutschland: Monatlich M. 2.75, vierteljährlich M. 8.25, ausschließlich Zustellgebühr. Postbezug im Ausland laut Eintragung in den Postlisten. Kreuzbandsendungen im Inlande wöchentlich M. 1.40, nach dem Auslande wöchentlich M. 2.—. Preis für die Einzelnummer 20 Pf.

Die Streiklage im Reich

Unzufriedenheit in Halle

Die guten Wirkungen des Ausnahmezustandes machen sich überall im Reiche bemerkbar. Es herrscht allgemein Ruhe. Nur in einzelnen Bezirken sind kleinere Teilstreiks noch nicht beigelegt, so auf einigen Werken in Beuthen und auf der Schichau-Werft. Die Gesamtzahl der streikenden Bergarbeiter beträgt rund 6000. Dazu kommen noch 500 Arbeiter über Tag in Braunkohlenwerken bei Chemnitz. In Süddeutschland ist eine völlige Entspannung eingetreten. In Mainz fand eine ruhig verlaufene Versammlung statt, in der eine Resolution gegen die Eisenbahndirektion gefaßt wurde. Im westlichen Wetterwinkel ist alles ruhig. Der Eisenbahnerstreik ist dort vollständig zusammengebrochen und der Telegraphenstreik ist völlig beigelegt. In Münster und selbst in Hamborn ist der normale Zustand wieder eingeführt. Von zuständiger Seite wird versichert, daß die Syndikalisten das Vertrauen der Arbeiterschaft in diesem Gebiet völlig verloren hätten. In Königsberg ist der Proteststreik ruhig verlaufen und hat zu keinerlei Weiterungen geführt. Der Betrieb der Elektrizitätswerke wurde durch die Technische Hilfe während des Streiks aufrechterhalten. — Dagegen wird aus einem andern Wetterwinkel der Eisenbahnunruhen, aus Halle, von neuen Drohungen und Unzufriedenheiten berichtet. Es handelt sich, wie die folgende Meldung zeigt, um den gar nicht seltenen Fall, daß die Entscheidung mehr Neid und Mißgunst auf die bessergestellten Orte und Kategorien weckte als Zufriedenheit.

h. **Halle**, 17. Januar. (Eig. Drahtbericht.) **Die Tarifverhandlungen mit den Eisenbahnern in Berlin sind am Donnerstag abend zum vorläufigen Abschluß gekommen. Es wurden durchschnittliche Lohnerhöhungen von 1 M. bis 1,50 M. für die Stunde bewilligt. Die Stadt Halle in die erste Klasse zu bringen, wurde vom Ministerium abgelehnt. Sie wurde der zweiten Wirtschaftsklasse zugeteilt, in der der nun festgesetzte Höchstlohn für Handwerker 3,90 Mark beträgt. In den Verhandlungen wurden die einzelnen Orte Mitteldeutschlands in folgende Wirtschaftsklassen eingeteilt: In die erste Wirtschaftsklasse mit einem Höchstlohn von 3,90 M. fällt unter anderm Leipzig, in die zweite Wirtschaftsklasse mit einem Höchstlohn von 3,80 M. wurden Halle, Osterfeld, Merseburg usw. zugeteilt, in die dritte Wirtschaftsklasse mit einem Höchstlohn von 3,10 M. wurden eingereiht Kottbus, Hoyerswerda, Senftenberg, Torgelow, Eisleben, Wittenberg, Dessau, Breslau, Köthen, Forst und Weißwasser. Die Vertreter vom Deutschen Eisenbahnerverband legten gegen die Einreihung der Stadt Halle in die zweite Klasse bei der Regierung Protest ein und machten auf die entstehenden Folgen aufmerksam. Das Ministerium sagte eine nochmalige Entscheidung zu, deren Ergebnis noch nicht vorliegt. In den weiteren Tarifverhandlungen wird der größte Wert auf die Betriebsräte und den Organisationszwang gelegt. — Gerüchtweise verlautet, daß die hiesigen Eisenbahner in den Ausstand getreten seien als Protest gegen die Besetzung des hiesigen Hauptbahnhofes durch Reichswehrtruppen. Da es sich nur um eine vorübergehende Vorsichtsmaßregel handelt und die Führer der Arbeiterschaft versicherten, daß die Arbeiter nicht in den Ausstand treten würden, aber zugleich um Zurückziehung der Truppen ersucht hatten, wurden die Posten wieder eingezogen. Damit hat sich der Zwischenfall erledigt.**

Da zugleich eine Meldung eintraf, nach der für alle Städte und Ortschaften im Wehrkreiskommando 4, in dem Halle liegt, von dem Befehlshaber Generalmajor Maercker der Ausnahmezustand verhängt worden ist, muß angenommen werden, daß die Gefahr neuer Beunruhigung unsres Verkehrswesens von Halle aus doch größer gewesen sein muß, als aus der oben stehenden Depesche auf den ersten Blick ersichtlich ist.

*

Neue Verhandlungen in Sachsen

Die Staatskanzlei teilt mit:

Der Ministerpräsident empfing am Sonnabend erneut eine Abordnung der sächsischen Eisenbahnerschaft. Unter dem Drucke der wirtschaftlichen Not, aber ausgehend von völlig irrigen Voraussetzungen, sind bekanntlich die Belegschaften dreier großer staatlicher Eisenbahnwerkstätten in den Streik getreten. In den Verhandlungen galt es, den Weg zu finden, wie der Eisenbahnerschaft geholfen und von dem sächsischen Volke, einschließlich der Eisenbahnerschaft, das furchtbare Elend abgewendet werden könnte, das ein Andauern oder gar Weiterumsichgreifen des Streiks unabwendbar nach sich ziehen müßte.

Der Ministerpräsident legte dar, daß wirkliche Abhilfe in der schweren Notlage auch der Eisenbahnerschaft nur geschaffen werden könne durch eine Vermehrung der unserm Volke so furchtbar knapp zur Verfügung stehenden Menge an Verbrauchsgütern. Darüber dürfe nicht täuschen, daß ein immer kleiner werdender Kreis weniger Bevorzugten von der Not dieser Zeit noch nicht wirklich getroffen sei. Der außerordentliche Mangel an allem Notwendigen lasse sich durch fortgesetztes Neudrucken von Papiergeld nicht beheben; auf das alle setzigen Lohn- und Gehaltserhöhungen zuletzt doch nur hinausliefen. Die sächsische Regierung könne diesem Warenmangel nicht abhelfen. Das könne nur das Volk selbst durch geregelte und gesteigerte Arbeit. Jeder Streik verschärfe diesen Mangel, treibe damit die Preise weiter in die Höhe und entwerte das Papiergeld noch bedenklicher.

Aber selbst diese papiernen höheren Löhne über das von Preußen Zugebilligte hinaus zu bewilligen, sei die sächsische Regierung nicht in der Lage, weil sie dieses Papiergeld nicht zur Verfügung stellen, so daß die Reich könne es zur Verfügung stellen, so daß die Regierung auf das Einvernehmen mit dem Reiche und Preußen angewiesen sei. Wenn in Anbetracht der besonders ernsten Teuerungsverhältnisse in Sachsen auf eine größere Lohnerhöhung als die vorgesehenen 50 Prozent zugekommen werden solle, so könne dies nur die Volkskammer beschließen.

Das Verhandlungsergebnis

wurde schließlich in folgenden vier Punkten zusammengefaßt:

1. Der Ministerpräsident ist bei allem Verständnis und Mitfühlen für die Not der sächsischen Eisenbahnerschaft nicht berechtigt, von sich aus eine Bewilligung weitergehender Forderungen der Streikenden auszusprechen.

2. Es wird Anordnung getroffen, daß am Montag den 19. Januar unverzüglich die Tarifverhandlungen mit der Lohnkommission der Eisenbahner in Dresden beginnen und daß dabei an erster Stelle die Lohnfrage behandelt wird.

3. Die Bezahlung der Streiktage kann grundsätzlich nicht bewilligt werden. Bei einem friedlichen und geregelten Weitergange der Verhandlungen läßt sich aber annehmen, daß auch in dieser Frage ein Ausgleich von seiten der Volkskammer getroffen werden könnte. Wegen dieser Frage allein soll jedenfalls die Wiederaufnahme der Arbeit nicht unterbleiben.

4. Der Ministerpräsident wird persönlich dafür eintreten, daß, wenn es auch nicht in äußerlicher Gleichheit aller Einzelheiten durchführbar sein sollte, jedenfalls im Grundsatze und allgemein den Eisenbahnarbeitern dieselbe Einkommenserhöhung angebilligt wird, wie den Beamten, da es sich hierbei lediglich darum handelt, jedem für den Staat Arbeitenden wenigstens die Lebensmöglichkeit zu gewähren.

Man einigte sich zur Annahme dieser Vorschläge und Richtlinien. Die anwesenden Vertreter der Eisenbahnerschaft erklärten, mit all ihrem Ansehen bei ihren Arbeitskollegen dafür eintreten zu wollen, daß am Montag die Arbeit von den Streikenden wiederaufgenommen wird.

*

Ablehnung des Streiks in Leipzig

o. **Leipzig**, 17. Januar. (Eigener Drahtbericht.) In einer heute abgehaltenen Eisenbahnerversammlung in Leipzig wurde einstimmig beschlossen, angesichts der schlechten wirtschaftlichen Lage von einem Streik abzusehen. Nach längerer Aussprache wurde folgende Entschließung gefaßt: „Wenn auch bei Erfüllung der Regierungszusage, wonach die jetzige Teuerungszulage erhöht werden soll, die Not weiterbesteht, wollen wir doch die noch offenen wirtschaftlichen Fragen nicht durch Streikmaßnahmen erledigen, denn dies würde jetzt nur die schwersten politischen Folgen ergeben, aber unsre wirtschaftliche Lage im allgemeinen nicht verbessern. Ein Streik am jetzigen Zeitpunkte würde überdies zu einem politischen Streik werden; diesen aber lehnen wir grundsätzlich und mit Entrüstung ab. Es liegt daher keine Veranlassung vor, abzustimmen, ob gestreikt oder nicht gestreikt werden soll."

*

Unruhe in Oberschlesien

+ **Kattowitz**, 17. Januar. (Eig. Drahtbericht.) In den letzten Tagen war bereits eine leichte Spannung an der oberschlesischen Grenze bemerkbar. Heute um ½12 Uhr vormittags wurde deutscherseits der Grenzverkehr gesperrt. Gründe für diese Maßnahme sind unbekannt. Man wird jedoch nicht fehlgehen, wenn man sie mit dem Streik der oberschlesischen Straßenbahner, dem Streikplan der Elektrizitätswerke in Chorzow und Laborze und den neuen Putschplänen der Polen in Verbindung bringt. Die Elektrizitätsarbeiter wollen, wie es heißt, heute abend in den Streik treten.

Besuch bei den Gefangenen

+ **Berlin**, 17. Januar. (Eig. Drahtbericht)

Sechstausend deutschen Geistlichen ist gestattet worden, die Lager der deutschen Kriegsgefangenen zu besuchen. Für die evangelischen Herren der Kommission gibt Herr Pfarrer Schubert eine längere Darstellung der vorgefundenen Verhältnisse. Es muß darauf hingewiesen werden, daß diese Darstellung naturgemäß nur einseitig ist und vor allem noch durch besondere Erwägung der Zweckmäßigkeit beengt wird. Die Deutschen wurden von französischen Offizieren geführt, die sich korrekt und höflich benahmen. Seitens der Bevölkerung schlug ihnen aber in viel höherem Maße, als man es in Deutschland auch nur ahne, eine Flut von Haß entgegen. Die Führung mußte durchaus den Eindruck erwecken, als sollte die Besichtigung des durch den Krieg zerstörten Gebietes in den Vordergrund gerückt werden. Die Propaganda mit den zerstörten Gebieten ist überhaupt noch ebenso rege wie zur Kriegszeit. Damen der besten Gesellschaft bemühen sich darum; in jedem Kino werden Zerstörungsbilder gezeigt und Cook organisiert Fahrten in die Frontabschnitte, um der ganzen Welt die Lage Frankreichs vor Augen zu führen. Auch die Kirchen stellen sich durchaus bewußt in den Dienst nationalistischer Propaganda.

Beim Besuch der Lager fanden die Geistlichen im allgemeinen die bekannten Schilderungen guter französischer Landeslager bestätigt. Auf Einzelheiten einzugehen, erübrigt sich aus der Ueberlegung, daß der Besuch ja erwartet wurde. Aufgefallen ist den Besuchern das starke Mißtrauen, das ihnen allgemein von den Gefangenen entgegengebracht wurde, daß sich weniger gegen sie als Vertreter einer Kirche, als gegen die Vertreter der Heimat richtete, von der sich die Gefangenen verlassen wähnen. Die Geistlichen gewannen den Eindruck, daß es noch weniger die unzweifelhaft traurigen äußeren Verhältnisse und die materielle Not sind, die die Lage der Gefangenen so furchtbar machen, sondern vor allem die seelische Bedrängnis. Die beste Hilfe hierfür ist, den Gefangenen das Vertrauen auf die Zukunft des Vaterlandes zurückzugeben und ihnen vor allem vor Augen zu führen, daß trotz des furchtbaren Zusammenbruches immer noch gute Kräfte in der Heimat am Werke sind. Der Empfang in der Heimat muß mit unendlich liebevollem Verstehen, Taktgefühl und Geduld begleitet sein.

*

Abholung der deutschen Gefangenen zu Schiff

× **Berlin**, 17. Januar. Die Reichszentralstelle für Kriegs- und Zivilgefangene teilt mit: Vier deutsche Dampfer haben Auslaufbefehl nach französischen Häfen erhalten, um den Abtransport der Gefangenen in Frankreich auf dem Seewege zu übernehmen. Es fahren aus am 16. Januar der Dampfer „Mügen" nach Rouen, „Gotenhof" und „Herbert Horn" nach Es-Nazaire, am 18. Januar „Mellila" nach Le Havre. Rückkehrhäfen sind Emden, Cuxhaven, Brunshüttel und Bremerhaven.

*

Verständnisvolles Urteil

cb **Genf**, 17. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Vor einiger Zeit war gemeldet worden, daß es den französischen Grenzbehörden gelungen sei, eine Anzahl deutscher Offiziere festzunehmen, die aus französischen Gefangenenlagern entwichen waren und in die Schweiz zu entkommen suchten. Sie hatten sich wegen dieser Flucht vor dem Kriegsgericht in Grenoble zu verantworten. Nach eingehender Verhandlung kam der Gerichtshof zu einem Freispruch von zehn deutschen Offizieren. Ein Offizier erhielt eine Festungsstrafe von einem Monat, da er dem ihn verhaftenden französischen Beamten tätlichen Widerstand geleistet haben soll.

*

Die Tätigkeit der Dorten-Leute

+ **Berlin**, 17. Januar. (Eig. Drahtbericht.) Immer wieder wird versucht, die westlichen Gebiete unter der Vorgabe, Berlin tue nichts für das Rheinland, gegen die preußische Landesregierung aufzuhetzen. Die zuständigen Stellen in Berlin weisen erneut darauf hin, daß jeder Beschwerde bis auf den Grund nachgegangen wird und daß auch in allen wirtschaftlichen Fragen, insbesondere auch der Kohlenversorgung von Berlin aus die westlichen Gebiete in möglichst weitgehender Weise unterstützt werden. Beweis dafür ist die sofortige Hilfeleistung der Regierung anläßlich der Hochwasserkatastrophe. Die Hochwasserhilfe für die betroffenen Gebiete ist als erster Punkt auf die Tagesordnung für die Landesversammlung gesetzt worden.

*

Französisches Kapital im Osten

+ **Kattowitz**, 17. Januar. (Eig. Drahtbericht.) Ein französisches Konsortium beabsichtigt, die gesamten Grubenbetriebe des Dombrowaer Kohlengebietes für ungefähr 80 Millionen Franken aufzukaufen. Die Inbetriebnahme der Hüttenwerke ist jedoch noch in unbestimmte Ferne gerückt, da es an den nötigen Erzen mangelt.

*

Die Sozialdemokraten Elsaß-Lothringens

+ **Mülhausen**, 17. Januar. (Eig. Drahtbericht.) Die sozialdemokratische Parteigruppe von Elsaß-Lothringen hat einstimmig eine Entschließung gefaßt, in der kapitalistischen Gesellschaft, dem Militarismus und dem Uebernationalismus scharf der Kampf angesagt wird. In der Entschließung heißt es, daß die elsaß-lothringischen Sozialisten sich zu Frankreich bekennen, daß sie aber mit allen Mitteln gegen das Programm der Regierung kämpfen werden.

*

Die deutschen Abstimmungskommissare

+ **Kattowitz**, 17. Januar. (Eigener Drahtbericht.) In Henkreumskreisen verlautet mit Bestimmtheit, daß als deutscher Abstimmungskommissar der Abgeordnete Pfarrer Ulitzka in Kattbor ernannt werden dürfte. Ihm wird ein Beirat beigegeben. Für diesen Platz nennt man den früheren Beuthener Oberbürgermeister Bünning (Zentrum). Nach zuverlässiger Information soll aber diese Stelle einem Regierungsspezialisten vorbehalten bleiben. In eingeweihten Kreisen wird als der gegebene Mann der Gewerkschaftssekretär und Abgeordnete der Nationalversammlung Löffler-Ratibor bezeichnet.

*

Huszar über den Friedensvertrag mit Ungarn

cb **Wien**, 17. Januar. (Eig. Drahtbericht.) Der ungarische Ministerpräsident Huszar hat sich über den Ungarn vorgelegten Friedensvertrag geäußert, daß er in ganz Ungarn Entrüstung hervorgerufen habe. Es stehe noch nicht fest, ob die ungarische Regierung den Friedensvertrag annehmen werde. Wie ferner aus Budapest gemeldet wird, haben sich im ganzen Lande bereits Irredentabünde gebildet, die gegen die Unterzeichnung des Friedensvertrages Stimmung machen. Im übrigen steht die ungarische Regierung auf dem Standpunkte, daß Westungarn vor der Ratifizierung des Friedensvertrages nicht an Oesterreich ausgeliefert werden würde.

Warenaustausch der Alliierten mit Rußland

Das Wolff-Bureau meldet: Um zur Milderung der furchtbaren Lage beizutragen, in der sich die Bevölkerung des inneren Rußlands befindet, die von jeder Zufuhr ausländischer Manufakturwaren abgeschnitten ist, hat der Oberste Rat nach Anhörung des Berichtes der Kommission, die mit dem Studium gewisser Handelsbeziehungen mit dem russischen Volke beschäftigt ist, beschlossen, den Austausch von Waren auf der Grundlage der Gegenseitigkeit zwischen dem russischen Volke und den alliierten und neutralen Ländern zu gestatten. Zu diesem Zwecke hat der Oberste Rat beschlossen, den russischen Konsumorganisationen, die in direkter Verbindung mit der Landwirtschaft in ganz Rußland stehen, die nötigen Erleichterungen zu gewähren, um die Einfuhr von Kleidern, Medikamenten, landwirtschaftlichen Maschinen und Bedarfsgegenständen des täglichen Lebens zu ermöglichen. Diese Waren sollen Rußland im Austausch gegen Getreide, Leinen und andern Produkten des russischen Landes geliefert werden. Diese Maßnahmen bringen keine Aenderung der Richtlinien der Politik der Alliierten gegen Sowjetrußland mit sich.

Radeks Abreise nach Rußland

Die „Deutsche Allg. Ztg." stellt zu anderslautenden Meldungen fest, daß sich der bekannte russische Agitator Radek augenblicklich noch in Berlin befindet. Die Verhandlungen mit der polnischen Regierung über die Durchreiseerlaubnis für ihn sind nunmehr so weit gediehen, daß seine Abreise in den nächsten Tagen erfolgen kann.

Neue französische Steuerprojekte

cb **Paris**, 17. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Die hiesigen Blätter bringen die Nachricht, daß der Kammer demnächst eine neue Vorlage des Finanzministers zugehen wird, die weitere außerordentliche Maßnahmen auf dem Steuergebiet vorschlägt. Für das neue französische Budget müssen aus den neuen Einnahmequellen sieben Milliarden Franken herauskommen. Unter den vorgeschlagenen Steuern soll sich auch eine Vermögenszuwachssteuer befinden.

Die Präsidentenwahl in Frankreich

× **Paris**, 17. Januar. **Paul Deschanel ist mit 734 von 889 Stimmen zum Präsidenten der französischen Republik gewählt worden.**

Gefährdung unsres Außenhandels

Von unserm Mitarbeiter

Rotterdam, 13. Januar

Für den holländischen Kaufmann haben die Teuerungszuschläge auf deutsche Erzeugnisse recht unangenehme Folgen gezeitigt. Nicht die Verteuerung der Waren, verursacht durch die Vernichtung der deutschen Valuta, ist es, die dem holländischen Käufer Enttäuschungen und Schwierigkeiten im Handel mit deutschen Firmen brachte, sondern die Regellosigkeit der Teuerungszuschläge, verbunden mit einer rücksichtslosen Nonchalance der deutschen Verkäufer in allen rechtlichen Fragen. Daß es unter den heutigen Umständen, wo man in Deutschland noch unter dem Mangel an Rohmaterial schwer leidet, keine bindenden Abmachungen geben kann, begreift wohl der Holländer. Was aber allmählich unerträglich wird, das ist die Rücksichtslosigkeit, mit der eine Abmachung ohne nähere Angabe von Gründen umgestoßen wird. Der Teuerungszuschlag ist sozusagen das Damoklesschwert für den holländischen Käufer geworden. Eine schriftliche Vereinbarung gilt nichts. Einige Stunden nachher kann sie, durch Intervenierung der „Außenhandelsstelle" oder auf eigen Initiative des Verkäufers hin, umgestoßen werden. Bekäme der Besteller die geleistete Anzahlung zurück, so ginge die Sache noch. Allein, er hat nichts andres zu tun, als die Meldung, daß der gekaufte Artikel wieder um so und so viel Prozent teurer geworden sei, zur Kenntnis zu nehmen und die Lieferung, die Nichtlieferung, die weitere Verteuerung und so fort in Geduld abzuwarten.

Selbst den deutschen Handelskreisen flößt diese merkwürdige Art, den Außenhandel zu organisieren, Bedenken ein. Ich habe in den letzten Tagen mit maßgebenden deutschen Industriellen gesprochen, die sich, um persönliche Eindrücke zu gewinnen, nach Holland begaben und hier den sich einbürgernden deutschen „Usancen" ihre Aufmerksamkeit widmeten. Sie vermochten ohne Schwierigkeiten festzustellen, daß die wild darauf losgehende, äußerst brutal wirkende Politik der Teuerungszuschläge dem deutschen Exporte nach Holland einige breite Breschen geschlagen hat. Der holländische Kaufmann und Fabrikant findet kein Interesse mehr an einem Geschäftsabschluß, der gelegentlich über Bord geworfen werden kann, wenn es dem Lieferanten gefällt. Falls er einen absolut dringenden Bedarf hat, sucht er die Ware oder das technische Erzeugnis in Deutschland zu kaufen, d. h. gegen sofortige Bezahlung und Beförderung. Die Folgen der Teuerungszuschläge, so wie sie gegenwärtig gehandhabt werden, lassen sich klar erkennen: Einschränkung der Bestellungen auf spätere Lieferung, Mißtrauen gegen den deutschen Industriellen, der sich, entgegen früheren korrekten Gepflogenheiten, heute an dem bedenklichen Treiben beteiligt.

Wie stark die Unzufriedenheit mit dem ziellosen Kreuz und Quer der Teuerungszuschläge um sich gegriffen hat, zeigt wohl am deutlichsten ein Aufsatz in der Zeitschrift der niederländischen Handelskammern. Es wird darin ausgeführt, daß die Anwendung der Teuerungszuschläge ohne die ausreichende Kontrolle durch die Außenhandelsstellen geschieht, die selbst Erhöhungen vorschreiben in Fällen, wo solche Erhöhungen gänzlich unbegründet sind, dagegen vielfach die zweckmäßige Anwendung der Zuschläge unterlassen. Man beginnt in holländischen Handelskreisen, infolge des mißglückten Debüts der Außenhandelsstellen, auf die deutsche Regierung loszuziehen, und spricht von Bauernfängerei. Diese Ansicht findet ihre Bekräftigung durch die vielen Berichte über die „Aussaugung der Holländer" in Deutschland, wobei man hinzufügt, daß die Verteuerung der Waren für holländische Käufer, die nach Deutschland kommen, eher die Schiebertricks begünstigt, den deutschen Kaufleuten aber keinen Profit einträgt ...

Der Valutaaufschlag allein genügt auf die Dauer nicht, um den deutschen Außenhandel in Holland auf eine günstige Grundlage zu stellen. Das sich ansammelnde Mißtrauen gegen den deutschen Kaufmann, den deutschen Industriellen wird in nächster Zeit zu noch viel schärferem Ausdruck gelangen, und zwar dann, wenn England, das bindende Geschäftsvereinbarungen für seinen Export festgelegt hat, auf den Plan tritt. Schon heute warnen viele holländische Kaufleute auf die englischen Offerten, bereit, einen höheren Preis zu bezahlen, da sie zumindest vor den deutschen „Manövern" geschützt sind. Ein Rückgang des deutschen Außenhandels nach Holland ist nach den mir vorliegenden Informationen bereits zu konstatieren. Es wird in den nächsten Monaten wahrscheinlich noch schlechter werden. Die deutschen „Außenhandelsstellen" sollten noch hier herrschender Meinung nicht bloß auf die Teuerungszuschläge an und für sich sehen, sondern auf gesunde Entwicklung der Preissätze durch gerechtfertigte Anwendung der Teuerungszuschläge. Man erinnert hierzulande daran, daß der deutsche Kaufmann in seiner Geschäftsmoral stark zurückgegangen ist ...

Von besonderer Bedeutung für die deutsch-holländischen Handelsbeziehungen ist der Verkehr zwischen den großen deutschen und holländischen Großindustriekonzernen. Obgleich verschiedene deutsche Industrielle zur Einsicht gelangt sind, daß man mit gewissen, oben geschilderten Gebräuchen nach Möglichkeit wieder aufräumen müsse, scheint diese Meinung noch nicht genügend durchgedrungen zu sein. Als Beispiel hierfür diene folgender Fall, der mir, unter Angabe von Namen und Daten, mitgeteilt wird: „Eine der ersten deutschen Maschinenfabriken schloß im Jahre 1918 mit einer Rotterdamer Schiffswerft einen auf mehrere Millionen sich beziffernden Lieferungsvertrag ab; die Rotterdamer Firma erklärte sich bereit, die Zahlung in Mark oder in Gulden zu leisten. Zum Beweise ihres einwandfreien Vorgehens, nämlich, nicht mit der Markenzahlung eine Valutaspekulation zu verbinden, schaffte sie die Mark zum damaligen Kurse an und hielt den Gesamtbetrag zur Verfügung des Lieferanten. Heute verweist die deutsche Großfirma den im Jahre 1918 abgeschlossenen Vertrag, trotz der ihr vorliegenden Beweise, daß die holländische Firma den Betrag seit Vertragszeichnung zur Verfügung hält. Der Preis wird von der deutschen Firma, wahrscheinlich auf Veranlassung der Außenhandelsstelle, die sich um die einzel-

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id490223001-1920011802/1